

## Bemerkungen zum Charakter der kubanischen Revolution

### I

Es ist immer gefährlich, eine einmalige historische Entwicklung in das Prokrustesbett überkommener soziologischer Kategorien pressen zu wollen. Eine solche Prozedur wirkt besonders entstellend, wenn es sich um gesellschaftliche Vorgänge handelt, die außerhalb jenes geschichtlichen Raumes sich abspielen, aus dem jene Kategorien eigentlich stammen. Die Revolutionen der „unterentwickelten“ Völker des 20. Jahrhunderts durch die „westliche“ europäische Begriffsbrille des 19. Jahrhunderts zu betrachten, heißt diese Umwälzungen zu verfälschen. Die Marxsche Behauptung, derzufolge ein entwickeltes Land dem minderentwickelten seine eigene Zukunft zeigt, ist eine entstellende Vereinfachung. Bevor man verallgemeinert, ist es ratsam, die konkreten einmaligen Wesenszüge einer solchen Revolution darzustellen — soweit es mit dem Werkzeug unserer immer schon generalisierenden Begriffe überhaupt möglich ist.

### II

#### *Die Eigenartigkeit der kubanischen Revolution in ihrer ersten Phase*

Die Revolution stürzte die Diktatur *Batistas* a) ohne daß diese Diktatur vorher ihre wachsende Schwäche in irgendwelchen Kompromißversuchen manifestiert hätte, b) ohne vorangehende Wirtschaftskrise, c) ohne aktive Massenbewegung und d) ohne vorherigen, die Umwälzung einleitenden Staatsstreich der Armee. In dieser vierfachen Beziehung unterscheidet sich die Revolution Kubas von den meisten anderen „nationalen“ und „demokratischen“ Revolutionen der jüngeren Zeit.

Diktatorische Regierungen pflegen, von revolutionärem Sturz bedroht, und wenn sie sich außerstande sehen, die revolutionären Keime zu ersticken, eine Verringerung der Gewaltanwendung, wachsende Unsicherheit und Bereitschaft zu Kompromissen zur Schau zu tragen. *Batistas* Regierung hingegen verschärfte und verallgemeinerte ihren Armee- und Polizeiterrord, besonders seit der Ende 1956 erfolgten Landung *Castros* in den Bergen der Ostprovinz und als Antwort auf die häufiger werdenden revolutionären Terrorakte in den Städten.

Vielen Revolutionen gehen mehr oder weniger tiefgehende ökonomische Krisen voraus, die die breiten Volksmassen in Verzweiflung treiben und sie revolutionären Einflüssen öffnen. Die wirtschaftliche Lage des Landes war 1956 und 1957 eher als günstig denn als schlecht zu bezeichnen, und auch die im Verlaufe des Jahres 1958 eintretende, auf die „Bürgerkriegs“handlungen zurückzuführende Verschlechterung war keinesfalls katastrophal.

Die Versuche, eine revolutionäre Massenbewegung zu entfachen, führten lediglich zu einer wenig wirkungsvollen, von Kreisen der Ober- und Mittelschichten eingeleiteten passiven Widerstandskampagne, die sich in einem gewissen Rückgang der Kino-, Kabarett- und Ladenbesucher sowie in einem schon als solchem unwichtigen Streik der Schüler der höheren Schulen ausdrückte, und zu einem kläglich mißglückten Versuch, am 9. April 1958 einen Massenstreik zu organisieren.

Das Offizierskorps blieb *Batista* bis zum Schluß ergeben. Erst als *Batista* bereits geflohen war und einige Garnisonen sich schon kampfflos *Castro* ergeben hatten, versuchte einer der Generäle, eine „provisorische Regierung“ zustande zu bringen, ein Versuch, der sofort und ohne Gegenwehr, infolge des nunmehr einsetzenden Generalstreiks, zusammenbrach.

Begonnen von kleinen, von städtischen Terroristengruppen unterstützten „Guerilla“-Abteilungen in den Bergen, gestützt auf die starken, durch den Regierungs-

terror wachsenden Sympathien der Volksmehrheit, siegte die Revolution vor allem infolge des moralischen Zusammenbruchs der Soldaten. Von den Volksstimmungen angesteckt, über die innere Korruption der Armee erbost, wegen des Mangels aller militärischen Erfolge gegen die Guerillas enttäuscht, waren die Soldaten nicht mehr bereit, ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Von einem längeren eigentlichen »Bürgerkrieg« kann man kaum reden. Castro war mit 82 Mann gelandet. Seine „Streitkräfte“ gingen einmal auf ganze 16 Mann herunter — und noch im Herbst 1958 hatte er nur ein paar hundert Kämpfer, während die „zweite Front“ in den Bergen der zentralgelegenen Provinz Las Villas noch schwächer war. Dann wuchs diese Zahl, ohne aber selbst im Dezember zwei- bis dreitausend zu übersteigen. Diese Gruppen besiegten ohne große Totenzahl eine schwer gerüstete, mit allem modernem Kriegsmaterial versehene, von einer amerikanischen Armeemission ausgebildete Berufarmee von über dreißigtausend Mann.

\*

Die kubanische Revolution — und damit kommen wir zu Charakterzügen, die sie mit manchen anderen „nationalen“ Umstürzen gemein hat — stand weder unter der Führung einer organisierten, mit klarem Programm versehenen, hierarchisch aufgebauten politischen Partei noch hatte sie einen klaren „Klassencharakter.“

Die Opposition gegen Batista bestand *einerseits* aus zivilen, ganz- oder halblegalen Gruppierungen, von denen die einen versuchten, die Diktatur zu Kompromissen zu bewegen, während andere passiven Widerstand propagierten und Geld für die revolutionären Aktivisten sammelten; *andererseits* aus kleinen illegalen Kampf-Organisationen, fast insgesamt aus jungen Leuten aus bürgerlichen Kreisen zusammengesetzt. Diese Aktivistengruppen kamen aus der Studentenschaft, aus Kreisen der ehemaligen Regierungspartei („Autenticos“) und der von den „Autenticos“ in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre abgespaltenen „Partei des Kubanischen Volks“ — „Orthodoxos“ genannt. Die Kommunisten standen lange abseits und verurteilten all diesen „kleinbürgerlichen Terrorismus“. Alle Versuche zu einer politischen Einheit scheiterten an dem Willen Castros, der, aus der „Orthodoxen“ Partei hervorgegangen, die wichtigste, bald an Prestige alle anderen überlegene Gruppe, die *Bewegung des 26. Juli*, führte.

Diese Bewegung (benannt nach dem erfolglosen Angriff auf eine in der Ostprovinz gelegene Kaserne am 26. Juli 1953) hat weder den Namen noch die Charakteristiken einer politischen Partei. Ihr Programm (Wiederherstellung der Freiheit, radikale Agrarreform, Errichtung einer nichtkorrupten Regierung, Industrialisierung, Unabhängigkeit vom „Imperialismus“ der USA) war von jenem anderer Gruppierungen nicht verschieden. Eine Parteiorganisation mit Parteiinstanzen und Parteipublikationen gab es ebensowenig wie theoretische Diskussion oder Parteitage. Es war eine aus jungen Leuten, meistens aus „Intellektuellen“, d. h. Angehörigen der „freien Berufe“, Studenten und Schülern, rekrutierte radikale Aktivistenbewegung, die „allgemein nationale“ Ziele propagierte, sich besonders um Sympathien in der Landbevölkerung bewarb und finanziell von vielen Mitgliedern der Oberschichten unterstützt wurde. (Es sei hier die interessante Tatsache erwähnt, daß es sich bei einer Analyse der politischen Sympathien im Jahre 1951 ergab, daß die „Orthodoxos“ ihren stärksten Anhang in den Oberklassen hatten, Batista hingegen in den Unterklassen.)

*Trotz des „bürgerlichen“ Charakters der Revolutionskader kann die kubanische Revolution keinesfalls als „bourgeoise Revolution“ angesehen werden.* Bürgerlich sind Revolutionen, die im Namen der Rechtsgleichheit und des Privateigentums gegen die der Entwicklung des Kapitalismus entgegenstehenden Hindernisse rebellieren — mögen diese nun „feudal“ oder „imperialistisch“ sein. Reste des „Feudalismus“ gab es in Kuba kaum; es existierte eine bürgerliche Eigentums- und Rechtsordnung. Der ame-

rikanische „Imperialismus“ hat die Industrialisierung des Landes weit mehr gefördert als gehindert, und die kubanischen Kapitalisteninteressen sind eng mit denen des Grundbesitzes und der amerikanischen Unternehmen verflochten. Neben Export-orientierten agrarischen und extraktiven Betrieben haben nordamerikanische Kapitalien nicht nur Elektrizitäts- und Telefonunternehmen aufgebaut, sondern auch viel für die Industrialisierung des Landes geleistet: In der Textil-, der Lebensmittel-, der Zement- und Baumaterial-, der chemischen Branche sind „Yankee“-Betriebe führend, es gibt daneben vier größere Autoreifenfabriken und die — kürzlich konfiszierten — Raffinerien. An all diesen Betrieben sind kubanische Kapitalien beteiligt, auch viele auf dem Papier „nordamerikanische“ Zuckerwerke sind zum Teil in Händen kubanischer Aktionäre. Der obere und mittlere Verwaltungsstab all dieser Unternehmungen besteht in Mehrheit aus Kubanern. Wenn Kuba tatsächlich ungenügend industrialisiert ist, so liegt das weit weniger an „imperialistischen“ Faktoren — es gibt z. B. auch Schutzzölle gegen die Vereinigten Staaten — als an zahlreichen anderen Ursachen, die wir hier nicht erwähnen können. *Jedenfalls aber sind „Nationalismus“ und „Anti-Imperialismus“ keine dem Klasseninteresse der Bourgeoisie entsprechenden Schlagworte, ebensowenig wie eine radikale Agrarreform den dringenden Wünschen der Kapitalisten entspricht.*

*Die Revolution stützt sich auch nicht auf das „Proletariat“.* Die kubanischen Arbeiter und Angestellten leiden, obgleich viele von ihnen unterbezahlt sind, weniger an einem Übermaß von Ausbeutung — die Löhne und Gehälter der 80 000 in Yankee-Betrieben beschäftigten Kubaner liegen sehr wesentlich über dem Durchschnitt — als an Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Die seit Jahrzehnten auf Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierung eingestellten Gewerkschaften waren politische Pressionsgruppen, die ihre Siege mit Hilfe der Regierung errangen. In ihrem Schöße waren die Autenticos stärker als die Kommunisten und die „Batistianer“ stärker als die „Othodoxen“. Eine besondere, über die eigenen „trade-unionistischen“ Belange hinausgehende politische Rolle hat die Arbeiterbewegung in den letzten anderthalb Jahrzehnten nie gespielt. In der Sozialpolitik aber haben die Arbeiter Gesetze durchgesetzt, die faktisch den Notwendigkeiten der Produktivität zuwiderlaufen. Es war seit langem in Kuba leichter und billiger, sich von einer Frau scheiden zu lassen als einen Arbeiter zu entlassen.

*Die Revolution kann aber auch nicht als „Bauernrevolution“ aufgefaßt werden.* Kuba ist kein „Bauernland“ wie es Rußland 1917, China und Indien noch später waren. Nur knapp 40 vH der Erwerbstätigen beziehen ihre Haupteinnahmen aus der Landwirtschaft, deren Gesamtprodukt nur wenig mehr als ein Drittel des Nationalproduktes darstellt. Die wichtigsten Betriebe der Landwirtschaft sind Großbetriebe (Zucker, Reis, Vieh), die oft als ökonomische Einheiten geführt werden müssen. „Eigenständige“, „in der Scholle verwurzelte“ Bauern gibt es wenig, und von einer *homogenen* Landbewohnerschaft kann nicht geredet werden: zum Teil handelt es sich um Landarbeiter, die ihre Haupteinnahmen aus Saisonarbeit — vor allem im Zucker — beziehen, zum Teil um Pächter aller Art, vom kapitalistischen Großpächter, der Arbeiter beschäftigt, bis zum Kleinpächter, der im Elend, auf einem einfach von ihm besetzten Landstück, sein Leben fristet, wobei aber die verschiedenen Arten von Pächtern vor Vertreibung, selbst im Fall der Nichtzahlung des meist recht niedrigen Pachtpreises, gesetzlich geschützt sind.

Die veralteten und unzuverlässigen kubanischen Statistiken — die letzte Agrarstatistik stammt aus dem Jahre 1946! — zeigen zwar eine starke Konzentration des Landbesitzes, die aber weniger schlimm ist als sie auf dem Papier aussieht, weil 1. eine eigentliche Landknappheit kaum existiert, da etwa 20 vH der nutzbaren Fläche weder bebaut noch auch approprietiert ist, 2. viele der Großbesitzer *juristische*

Personen sind, die sich aus einer großen Zahl von realen Einzelpersonen zusammensetzen, 3. ein beträchtlicher Teil des Großbesitzes ohne schweren Rückgang in der Produktivität nicht in Kleinbetriebe zerschlagen werden kann. Der „Schrei“ nach eigenem Besitz ist durchaus nicht vorherrschend, und der Wunsch, mehr Boden zu haben, stand nach Befragungen, die gegen 1950 von der besten Autorität (dem amerikanischen Sozialforscher *Nelson*) durchgeführt wurden, bei den Landbewohnern an sechster Stelle — hinter dem Verlangen nach Straßen, Schulen, Bewässerung, verbessertem Wohnbau und landwirtschaftlichen Maschinen. *So kann von einer Massensehnsucht nach Aufteilung des Grundes oder Befreiung von Pachtwucher, die für alle Bauernrevolutionen charakteristisch sind, nicht allgemein gesprochen werden.*

Wenn man nach einer sozialen *Schicht* (nicht „Klasse“) Ausschau hält, die an der Revolution am meisten interessiert ist, muß man auf die große heterogene Masse verweisen, die ökonomisch un- oder unterbeschäftigt, wirtschaftlich wurzellos ist und als solche — quer durch die Klassen hindurch — die Mehrheit des Volkes bildet. Nach den wenigen einigermaßen zuverlässigen Angaben beträgt die Zahl der Arbeitslosen 17 vH, die der Unterbeschäftigten 7 bis 9 vH im Jahresdurchschnitt. Die Mehrheit der Vollbeschäftigten ist „unterbezahlt“ — d. h. bei einer Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden wöchentlich weniger als 75 Dollar monatlich verdienend. Die Zahl der „verkappten“ Arbeitslosen, die, obgleich ihre Arbeit unproduktiv ist, im Wirtschaftsprozess stehen, ist gewaltig groß. Die Mehrheit der Landbevölkerung ist an den Zuckerrhythmus mit seinen vier bis fünf Monaten Arbeit und der folgenden „toten Zeit“ gebunden. Ein beträchtlicher Prozentsatz der „freien Berufe“ kann keine gesicherte Situation erreichen. Mit anderen Worten: *Eine wachsende Volksmehrheit findet in der Volkswirtschaft keinen gesicherten Platz. Für sie ist eine radikale Umstrukturierung die einzige Hoffnung. Insofern kann und muß man im Falle Kubas von einer „nationalen“ Revolution reden.*

### III

#### *Die „nationale“ Revolution als „soziale“ Revolution*

Der objektiv notwendige fundamentale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht ohne soziale Revolution vollzogen werden, die vor allem den unmittelbaren Interessen der bislang herrschenden Klassen zuwiderläuft. Darüber hinaus muß aber eine solche Umwandlung die unproduktiven Tendenzen und Traditionen im gesamten Volk bekämpfen und kann nicht ohne eine gewaltige Vergrößerung der Rolle des Staates vor sich gehen.

Die *Mehrheit* der kubanischen Kapitalisten ist durch die Abwesenheit des kapitalistischen Unternehmergeistes gekennzeichnet. Wenig Risiko, wenig Arbeit und hohe Profite waren ihre ungeschriebenen Losungen. Die Kapitalien wurden mit Vorliebe in Grundstücken und Mietswohnbauten, in Wucher und Zwischenhandel, in ausländischen Aktien angelegt, soweit sie nicht für Luxuskonsum ausgegeben wurden. Ein großer Teil des Großgrundbesitzes ist — aus manchmal ökonomisch durchaus rationalen, sich aus der freien Marktwirtschaft ergebenden Ursachen — auf *extensiver* Basis aufgebaut. Auf riesigen, unbewässerten und ungedüngten Flächen grasst (oft kaum gepflegtes) Vieh, dessen Qualität als Schlachtvieh gering, dessen Ertrag in Molkereiprodukten lächerlich (die durchschnittliche Kuh gibt etwa vier bis fünf Liter Milch je Tag), aber das als Produkt infolge niedriger Kosten profitabel ist. Ohne Industrialisierung kann der Volkswohlstand auf die Dauer nicht gehoben werden, aber die Anlage von Kapitalien in neuen Industriebetrieben ist den meisten Kapitalbesitzern unerwünscht und widerspricht auch zum Teil Außenhandelsgesetzen der für die freie internationale Wirtschaft formulierten Gesetze der klassischen Ökonomie. Aus diesen

Gründen ist das leitende, planende, kontrollierende Eingreifen des Staates Voraussetzung einer wirtschaftlichen Umstrukturierung des Landes.

Eine Flut revolutionärer Veränderungen erfolgte schon in den ersten zwölf Monaten nach dem Sieg der Revolution: Die Halbierung der Wohnungsmieten, die gesetzliche Herabsetzung der Grundstückspreise in Stadt und Land und zahlreicher Preise lebenswichtiger Artikel fiel zusammen mit einer Welle von Lohnerhöhungen, von entschädigungslosen Enteignungen von Batista-Anhängern (im Wert von mehr als 600 Millionen Dollar) und staatlichen „Interventionen“ (d. h. provisorische staatliche Leitung eines Betriebes ohne Enteignung). Dann kam die Agrarreform, welche in ihrer praktischen Durchführung weit über das an sich schon sehr radikale Gesetz hinausging. Aller Landbesitz von über 30 caballerias (1 caballeria sind 13,4 Hektar) wurde enteignet; daneben, ohne daß dies im Gesetz vorgesehen war, wurden den bisherigen Großgrundbesitzern auch die Maschinen, Häuser und das meiste Vieh abgenommen — ohne daß bis Ende Juni 1960, d. h. mehr als ein Jahr nach der Gesetzesverkündung, irgendwelche Entschädigung gezahlt worden ist. Die Enteignung oder „Intervention“ von nordamerikanischen Betrieben, an denen, wie schon erwähnt, viele Kubaner finanziell beteiligt sind, eine strikte Durchführung der Steuer- und Zollerhebung (eine früher nie dagewesene Maßnahme!), die Devisenzwangswirtschaft und Außenhandelskontrolle, der Rückgang in Importen und im Touristengewerbe, die Ausschaltung der Privatinteressen im Zwischenhandel einiger Produkte, die Gründung von über 2000 billigen „Volksläden“ auf dem Lande — all diese Maßnahmen bedrohen die Existenz der Ober- und teilweise der Mittelschichten und haben Teile dieser Klassen bereits enturzelt.

#### IV

##### *Der Weg zum totalitären Staatskapitalismus*

Eine tiefgehende revolutionäre Umstrukturierung der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft und eine wachsende Rolle des Staates waren unvermeidlich — aber diese Entwicklung hätte relativ langsam und ohne Ausschaltung in- und ausländischer Kapitalinvestitionen und bei Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung der repräsentativen Demokratie vor sich gehen können. *In Kuba haben innere und außenpolitische Faktoren eine solche „evolutionäre“ Entwicklung unmöglich gemacht.*

Eine „langsame“ Entwicklung kann nur dort zustande kommen, wo die revolutionäre Führung selbst vor allzu rapiden und radikalen Maßnahmen zurückschreckt, und vor allem, wo es konservative Kräfte gibt, die die Revolutionäre zu Kompromissen zwingen: beides existiert z. B. in *Venezuela*, wo eine demokratisch revolutionäre, besonnene Koalitionsregierung und eine organisierte konservative Kraft in Gestalt der weiterexistierenden Armee, vorhanden sind. Die kubanische Revolution hingegen wird von jungen, von Sachkenntnis kaum belasteten antiimperialistischen und auch gefühlsmäßig „antikapitalistischen“ Intellektuellen geführt, *denen keine „traditionellen“ Kräfte entgegenstehen.* Der alte Apparat ist total zerschlagen. Die „demokratischen“ Parteien sind durch ihre Schwäche und ihre frühere Korruption kompromittiert. Die *Kirche* ist wesentlich schwächer als in den meisten katholischen Ländern; die Befreiung von Spanien wurde von Antiklerikalen geleitet, und die Kirche war überwiegend auf spanischer Seite. Das Volk ist eher abergläubisch als religiös, und es gibt, in einem Lande von 6,7 Millionen Einwohnern, kaum 650 katholische Priester, von denen mehr als die Hälfte Ausländer sind. Das Volk war immer auf „von oben“ kommende Reformen eingestellt; *es gibt keine Tradition lokaler oder regionaler Selbstverwaltung.*

Der „Antiimperialismus“ macht ausländische Kapitalinvestitionen unmöglich, während die allgemeine „antikapitalistische“ Einstellung und das Fehlen einer normalen Rechtsstruktur auch inländische Kapitalien abschreckt. Daher kann nur irgendeine Form des „Staatskapitalismus“ aufgebaut werden. In der Tat steht heute bereits der Staat als beherrschende Kraft der Wirtschaft an allen strategischen Stellen. Das gewaltige Institut für Agrarreform (INRA) ist Eigentümer und Verwalter zahlreicher industrieller Betriebe, organisiert den Vertrieb wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, errichtet die „Volksläden“, leitet die gesamte Landwirtschaft, wobei die neuorganisierten Produktionsgenossenschaften sich immer klarer in eine Art von „Sovchosen“ verwandeln. Das Institut für Sparen und Wohnbau (INAV) baut billige Wohnungen, Häuser und Stadtviertel und ist, in Anbetracht des Schwindens der privaten Bautätigkeit, zum wichtigsten Arbeitgeber in der Baubranche geworden. Das Institut für Tourismus (INIT) hat die bankrotten Luxushotels übernommen, baut und verwaltet neue Volkshotels, Restaurants, Vergnügungsstätten und die großartigen neuen Badeanstalten. Das Institut für Petroleum (ICP) verwaltet jetzt den Import, die Raffinierung und die Verteilung aller Erdölprodukte. Die Nationalbank mit ihren Unterorganisationen (Bank für Außenhandel, Bank für wirtschaftliche Entwicklung, Fonds für Währungsstabilität usw.) kontrolliert das gesamte Geld- und Kreditwesen. Eine neugebildete zentrale *Junta de Planificación Nacional* wird alle diese Staatsorgane zusammenfassen und die Gesamtwirtschaft des Landes regeln.

Die rapide soziale Umwälzung bringt unvermeidlicherweise eine steigende Opposition mit sich, und die Bekämpfung dieser Opposition treibt, wieder unvermeidlicherweise, das Land in Richtung auf Totalitarismus. Die Gegnerschaft der Ober- und Mittelklassen, die sich unter der Fahne des „Antikommunismus“ sammelte und tief in die Reihen des „26. Juli“ eindrang, konnte mit Hilfe der großen Leistungen zugunsten der unteren Volksmehrheit, begleitet von starkem moralischem Druck und einer ständigen Propaganda, mundtot gemacht werden. Alle gesellschaftlichen Organisationen — vom Ärzte- und Journalistenverband bis zu den Gewerkschaften — wurden gleichgeschaltet. Die Pressefreiheit verschwand, ohne daß sich die breiten Volksmassen darüber entrüsteten. Warum sollte eine immer schon korrupte Presse nicht verschwinden, die gegen eine ehrliche, volksfreundliche Regierung Propaganda trieb — eine Regierung, die die Reichen enteignete, die Mieten herabsetzte, die Löhne hob, die Agrarreform durchführte und die Kasernen in Schulen verwandelte?

Aber die staatskapitalistische Entwicklung hat ihre eigene Logik und droht auch in den Unterschichten Opposition hervorzurufen: „freiwillige“ Lohnabzüge aller Art, der im Namen der Revolution akzeptierte Lohnstopp, das praktische Streikverbot in staatlichen Betrieben, das Schwinden freier Gewerkschaftswahlen usw., das alles bleibt nicht ohne Einfluß auf die Arbeiter. Die Gleichschaltung der Universität, die Absicht der Regierung, die überkommene Autonomie dieser Institution aufzuheben, die Absetzung zahlreicher Professoren führte zu Protesten der Studenten, und diese wiederum brachten eine weitgehende Terrorisierung der „konterrevolutionären“ Studierenden mit sich. Hier und da zeigt sich Unzufriedenheit, sogar in der Landbevölkerung: die geringe Zahl der ausgegebenen „Besitztitel“ und ihr fiktiver Charakter (das so vergebene Land darf weder mit Hypotheken belastet noch verkauft, noch geteilt werden), die nicht immer pünktlich, manchmal nicht in Bargeld, sondern in Bezugsscheinen auf Volksläden erfolgende, oft unter dem erhofften Betrag liegende Zahlung der Löhne tragen Unruhe in diese Schicht.

Die Mittel dagegen sind: staatliche Durchorganisation des Volkes (Milizen), wachsende, ständige, auf die Gefahren „imperialistischer Intervention“ aufgebaute Propaganda und der Aufbau eines politischen Zwangsapparats.

*Das Wachsen des kommunistischen Einflusses*

Diese Entwicklung könnte an und für sich zu einem eigenständigen „kubanischen“ Totalitarismus führen, mit Tito oder auch Nasser als Vorbild. *Zweierlei Faktoren hindern diese Art „Selbständigkeit“*. Der erste ist der „Antiimperialismus“. In der gegenwärtigen Weltlage muß der Wunsch eines nahe an den USA gelegenen Landes, sich vom Einfluß dieses Staates sowohl politisch als auch ökonomisch loszulösen, nicht zum „Neutralismus“, sondern zum Bündnis mit dem kommunistischen Ostblock führen. Der zweite ist „innenpolitisch“ und drückt sich darin aus, daß die „Chruschewiten“ in Jugoslawien und in Ägypten im Gefängnis sitzen, in Kuba jedoch von Anfang der Revolution an eine legale Partei bildeten, die nunmehr die meisten strategischen Positionen im Staatsapparat besetzt. Der „26. Juli“, ohne klares Programm und ohne erfahrene Kader, war keine Organisation, die der Leitung eines Staates gewachsen war. Die Mehrheit seiner jungen Mitglieder war vom Drang nach individueller Freiheit, von unklaren demokratischen Wünschen erfüllt, oft religiös und meist den Kommunisten gegenüber außerordentlich mißtrauisch. Aber diese Bewegung war von Anfang an von Kommunisten „infiltriert“, und viele ihrer Führer wurden immer mehr von diesen beeinflußt — sofern sie nicht schon seit langem direkte, wenn auch nicht offene, Mitglieder eines weltkommunistischen Apparats waren. Der Gang der Entwicklung hat den „26. Juli“ zersetzt, viele seiner Mitglieder in die Opposition, in das Ausland oder in die Gefängnisse gebracht. Auf diese Weise ist Kuba dabei — mit vollem Einverständnis Castros — ein Satellitenstaat Moskau—Pekings zu werden, in welchem die Kommunistische Partei („*Partido Socialista Popular*“) tatsächlich zur herrschenden Staatspartei wird.